

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtdruck: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachrichten: 20 011

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 29. Februar 1928 bei 100maliger Aufstellung frei Haus 1,50 Mk.
Goldmarkenrechnung für Monats-Februar 3 Mark ohne Zustellungsgebühr.
Einzelnummer 10 Pfennig
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einseitige 30 mm breite
Zeile 35 Bg., für auswärts 40 Bg., Familienanzeigen und Stellengeluche ohne
Rabatt 15 Bg., außerhalb 25 Bg., die 10 mm breite Reklameweile 300 Bg.,
außerhalb 40 Bg., Obergrenze 10 Bg., Raum. Aufträge gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle
Marienstraße 38/42
Druck u. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden
Postfach-Rote 1068 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Wüste Wahlturnulte in Polen.

Der Mittellandkanal im Haushaltsauschuß. — Kritik des Großhandels am Notprogramm.

Schlägereien und Zeitungverbote.

Warschau, 28. Febr. In den letzten Tagen haben die politischen Verhaftungen in Polen ein bisher nicht erreichtes Maß angenommen. Nach einer nationaldemokratischen Versammlung kam es im nördlichen Stadtinnern Warschaus am Montag zu Zusammenstößen mit der Polizei, wobei vier Personen verhaftet wurden. In Lodz wurden im Zusammenhang mit einer umfassenden Revision 20 Personen wegen kommunistischer Umtriebe verhaftet. In Bialystok wurde die Redaktion der nationaldemokratischen Zeitung „K. B. C.“ von vier mit Revolvern bewaffneten maskierten Männern überfallen und vollständig demoliert. Am Dienstag kam es in Warschau zu heftigen Zusammenstößen nationaldemokratischer Studenten mit der Polizei, die zu einem regelrechten, über eine Stunde lang dauernden Straßenkampf ausarteten, an dem 200 Studenten teilnahmen. Im ganzen wurden ungefähr 20 Personen verhaftet.

Die hierzu weiter mitgeteilt wird, war der Anlaß zu dem Zusammenstoß mit den Studenten folgender: Die Frau eines hochgestellten polnischen Funktionärs hatte in nächster Stunde die ganze Front des von ihr bewohnten Hauses gegen den Willen des Hausbesizers mit Propaganda-Plakaten für die Regierungsliste besetzen lassen. Darauf erschienen die Studenten der Technischen Hochschule mit Keilern und Meißelköpfen, rissen die Werbeplakate ab und erzielten sie durch solche des sozialdemokratischen Blockes. Vollzugsabteilungen schritten ein und trieben die Studenten auseinander. Hierbei entwickelte sich die Schlägerei. Der Stadthauptmann hat an die Direktoren die Aufforderung gerichtet, auf die Jugend einzuwirken, damit sie sich nicht an staatsfeindlichen Treiben beteilige.

Die nationalen Zeitungen wurden in den letzten Tagen von der Regierung fast täglich beschlagnahmt. Die nationaldemokratische „Gazeta Warszawska“ wurde gestern viermal beschlagnahmt. Die angelagerte fünfte Auflage erschien mit ausgedehnten weißen Zeilen. Heute erhielt das nationaldemokratische Blatt abermals der Beschlagnahme. Am dem Blatte das Erscheinen zu sichern, erschien die zweite Auflage mit Rezepten für die Zubereitung von wohlgeschmeckten Süßspeisen als Leitartikel.

In Krakau wurden zahlreiche Linkssozialisten verhaftet.

Deutsche Minderheitennot in Oberschlesien.

Schwere Anklagen gegen den Ratowitzer Boiwoden. Ratowitz, 28. Febr. In der Dienstagssitzung des schlesischen Sejm sprach als Vertreter des Deutschen Klubs Abg. Dr. Pant über die Leiden und Not der Minderheiten unter der jetzigen Regierung des Boiwoden. Der Boiwode habe mit Stolz darauf hingewiesen, daß unter seiner Regierung das deutsche Schulwesen zurückgegangen sei. In seiner Ertätterrede habe er allerdings verschwiegen, mit welchen Gewaltmaßnahmen dieses Resultat erzielt worden sei. Der Redner führte dann Einzelheiten über die bestehenden Mißstände an, über die Anhebung der öffentlichen Meinung, über die Verletzung des Briefschutzes, über die Kontrolle der Telefongespräche, über die Beschränkung der Pressefreiheit. Das stärkste deutsche Organ der Boiwodschaft, der „Oberschlesische Kurier“, sei A. innerhalb von zwei Monaten achtmal beschlagnahmt worden.

Ein besonderes Kapitel bilde die Nebenregierung der Aufständischen, die eigene Verordnungen erlasse und unter dem Schutze der Wehrden die Bevölkerung terrorisiere. Die Unsicherheit sei niemals größer gewesen als jetzt. Ueber 1000 Wehrherren harrten noch beim Minderheitenamt der Erledigung.

Die Antwortnote Litauens an Polen.

Warschau, 28. Febr. Der Text der litauischen Antwortnote an Polen erst morgen veröffentlicht werden. Wie der „Express“ voran zu lesen ist, sind die litauischen Reaktionen auf die polnische Antwortnote in der Note vorzulesen. Die Verhandlungen aufzunehmen, wobei der Völkerverbund Ort und Termin der Verhandlungen bestimmen soll. Wenn Polen mit diesem Vorstoß nicht einverstanden sei, so sei er bereit, die Verhandlungen am 30. März in Königsberg aufzunehmen. Wie besonders betont wird, ist die litauische Note in aufrichtigem verständlichen Tone gehalten.

Dziewicki Abberufung bestätigt. In Warschau wird bestätigt, daß die bisherige polnische Gesandte in Berlin, Dziewicki, in Kürze von seinem Posten abberufen werden wird und den Gesandtenposten in Ankara übernimmt. Ueber die Nachfolge ist noch keine offizielle Mitteilung erfolgt.

Um den Personalergänzungsetz.

Komplicationen wegen der Agrarkredite zu erwarten? (Drabmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 28. Februar. „Ein deutschnationaler Beamtenklub“ — das ist die Parole, an der sich die Linksprelle unter wohlwollender Unterstützung auch von Blättern der Mitte zurzeit Genüge tut. Diese Gedankengänge sehen ungefähr so aus: „Die Bürgerblockregierung geht zu Ende. Jetzt will sie noch schnell die ihr politisch getreuen, vor allen Dingen aber deutschnationalen Beamten in höher bezahlte Positionen schieben.“ Mit einem der vielen mehrdeutigen Sätze in der Rede des Herrn v. Guérard hob es an. In seiner Rede zum Notprogramm wies er bekanntlich darauf hin, daß die Reichsregierung dem Reichstag außer dem Nachtragsetz noch einen Personalsetz als Ergänzungsvorlage zuweisen wolle. Er widerpreche jeder weiteren Beamtenvermehrung und Überhäufung von Beamten.

Nun hat in der gestrigen Sitzung des Haushaltsauschusses der deutschnationale Abgeordnete Schmidt, Stettin, zu dieser Erklärung Stellung genommen und ausgeführt, wenn Preußen jetzt für den Etat 280000000 von neuen Beförderungstellen schafft, dann müßten Reichsregierung und Reichstag beim Ergänzungsetz 1928 unbedingt die Forderungen ziehen, denn es ginge nicht an, die Reichsbeamten schlechter in der Beförderung als die preussischen Beamten zu stellen. Dazu bemerkt die „Germania“ heute, sie könne den Gedanken nicht unterdrücken, daß hier der Vertreter einer Partei gesprochen habe, die an dem vorgesehene Beamtenklub ein ganz besonderes Interesse habe. Auch die „Tägliche Rundschau“ beschäftigt sich heute mit dem Sturmlauf der Linksprelle gegen den angeblichen deutschnationalen Beamtenklub und bemerkt dazu, der Vertreter des Reichsfinanzministers habe erklärt, die Regierung habe zu dieser Frage noch nicht abschließend Stellung genommen. Es würden im Kabinett noch Beratungen darüber gepflogen, auch im Reich die Beamten neue Beförderungsmöglichkeiten eröffnet werden sollten. Die „Tägliche Rundschau“ bezweifelt, ob dieser Stand der Dinge zu dem aufgeregten Treiben der Linksprelle berechtigten Anlaß bietet, unterkreuzt aber ihrerseits, daß man zunächst einmal abwarten müsse, ob das Kabinett einen Personalergänzungsetz wirklich noch einbringen werde. Es bedürfe seiner besonderen Betonung, daß, falls die Schaffung neuer Beförderungstellen beschlossen werden sollte, ein solcher Beschluß allen Beamten ohne Unterschied der Partei zugute kommen würde.

Die Hebe der Linksprelle ist also wieder einmal vollkommen ungerichtet. Sie konnte aber nur deshalb entstehen, weil nach den Bemerkungen des Abg. Guérard offenbar die Zentrumspartei nicht willens ist, auch die personellen Auswirkungen der sachlichen Beschlüsse der Reichsregierung hinreichend zu unterstützen. Politisch hat das vielleicht seinen Grund darin, daß es der Zentrumspartei mit diesem Personalergänzungsetz nicht sehr ernst ist, weil sie offenbar annimmt, bei der nächsten Regierungsbildung mit von der Partie zu sein. Anders ist das schon bei der Deutschen Volkspartei, wo die zukünftige Entwicklung doch noch vollkommen offen sein dürfte, und schließlich kann nicht verkannt werden, daß die Deutschnationalen auch ein Interesse daran haben, daß personalpolitisch wenigstens einigen ihrer an sich schon recht bescheidenen Wünsche Rechnung getragen wird.

Heute nachmittag sehen auf der Tagesordnung des Reichstags die Beratungen über die Landwirtschaftsnothilfe. Der Etat wird durch den Reichsernährungsminister Schiele selbst eingebracht werden. Was die Herabsetzung des Gefrierfleischkontingents angeht, so dürfte es kaum zu Komplicationen kommen, falls nicht noch in letzter Stunde die Sozialdemokratische Partei auf den linken Zentrumsflügel in dieser Frage Einfluß gewinnt. Etwas schwieriger steht es unserem Vernehmen nach insofern mit den Gesetzentwürfen zur Zentralgenossenschaftsliste und dem Rentenbankgesetz. Hier kann es, wenn wir recht unterrichtet sind, recht sehr leicht noch zu einigen Komplicationen kommen, und es erscheint zweckmäßig, darauf hinzuweisen, diese Frage trotz ihrer zurzeit nicht sonderlich günstigen Aussichten nicht zu verschieben, sondern gleich am Anfang den Stiefel den Hörnern zu packen, damit das landwirtschaftliche Hilfsprogramm in allen Teilen einer Lösung entgegengeführt werden kann, ohne daß es etwa gewissen Parteien noch gelingt, Teile von ihm abzuspalteln.

Der Großhandel gegen die Subvention der Genossenschaften.

Berlin, 28. Febr. In der Regierungserklärung über das Notprogramm ist bekanntlich auch ein größerer Betrag zum Zwecke der Sanierung des deutschen Genossenschaftswesens vorgesehn. Wegen dieser Absicht wendet sich der Reichsverband des Deutschen Groß- und Ueberseehandels. In einer Erklärung, die der Reichsregierung überhandt wurde, heißt es: „Der Reichsverband des Deutschen Groß- und Ueberseehandels hat sich mit dem Notprogramm der Reichsregierung beschäftigt. Der Reichsverband ist an der Besserung der Lage der Landwirtschaft in ganz außerordentlichem Maße interessiert und bereit, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln an der Besserung der Lage mitzuarbeiten. Mit größter Entschiedenheit wendet er sich jedoch gegen die Absicht der Reichsregierung, den Genossenschaften 25 Millionen Mark als Notkredite zuzuführen. Er ist der Ansicht, daß keinerlei Gewähr dafür gegeben sei, daß die den Genossenschaften zur Verfügung gestellten Beträge auch tatsächlich der Landwirtschaft zugutekommen, und daß es nicht anzunehmen sei, daß

Die Folgen des Londoner Skandals.

Neuerörterung des Sinowjew-Briefes?

London, 28. Febr. Eine Folge der Ergebnisse der Untersuchung gegen den seines Postens enthabenen Unterstaatssekretär Gregorin wird in einer genaueren Abfassung der Vorschriften bestehen, die für die Beamten des englischen Konsulats in finanziellen Fragen gelten. Bisher bezieht nur für die Postbeamten aller Grade die Vorschrift, daß Spekulationen oder Betrieben anderer Art, selbst auf den Fußballspielen, die sofortige Entlassung im Gefolge haben.

In liberalen und arbeiterparteilichen Kreisen wird die Frage eifrig diskutiert, ob irgendwelche weiteren Schritte zur vollen Aufklärung der über dem Sinowjew-Brief noch immer schwebenden Dunkelheit ergriffen werden sollen. Die Arbeiterpartei tritt für die Einsetzung einer neuen Untersuchungskommission aus Vertretern aller drei Parteien des Unterhauses ein, die Vollmachten zu eidenschaftlichen Vernehmungen aller notwendigen Zeugnisse und zur Einforderung der notwendigen Dokumente erhalten sollen. Man will in diesen Kreisen besonders die Frage klären, wer den Sinowjew-Brief auch in die Hände bekam. In anderen Kreisen besteht der Wunsch, den Bericht des Untersuchungskomitees im Unterhaus eingehend zu erörtern und bei dieser Gelegenheit auch den Sinowjew-Brief in seiner neuen Bekleidung zu behandeln. Unter den konservativen Unterhausmitgliedern wird jedoch betont, daß keine Notwendigkeit besteht, die ganze Angelegenheit noch einmal aufzurollen.

Gregorin hat London verlassen.

London, 28. Febr. Der stellvertretende Unterstaatssekretär im Foreign Office, Gregorin, der auf Grund der Ergebnisse der Untersuchungen in der Frankenspekulationsaffäre mit sofortiger Wirkung seines Postens enthabent wurde, hat gestern London verlassen, ohne Ziel seiner Reise und das Datum seiner Rückkehr anzugeben. — Der Botschaftsrat an der britischen Botschaft in Peking, D. Waller, ist sofort aus dem Dienste ausgeschieden erhält jedoch keine Pension.

Die Spekulationsgeschäfte des Staatssekretärs Gregorin gingen in die Millionen. 1923 umfingten seine Transaktionen die Summe von 8075000 Franken, 1925 handelte es sich um Geschäfte in Höhe von 17350000 Franken und 1926 um 22 Millionen französische Franken, 2 Millionen belgische Franken, 1 1/2 Millionen Lire und 120000 norwegische Kronen. Außer diesen Summen wurden von Gregorin im Auftrag der Mrs. Lane im Jahre 1924 Abschlüsse von 250 Millionen Franken getätigt. Bei allen Parteien hat der ganze Skandal erheblichen Staub aufgewirbelt. Besonders unangenehm hat man empfunden, daß im Verlaufe der Untersuchung auch die Privatgeschäfte anderer Diplomaten im Ueber-

eifer diskutiert worden sind. So ist zum Beispiel durchgedrungen, daß auch Sir Lampton, der augenblickliche diplomatische Vertreter Englands in China, vor einigen Jahren Döwingsgeschäfte getätigt hat. Der Vorsitzende des parlamentarischen Ausschusses sah sich jedoch veranlaßt, ausdrücklich zu erklären, daß gegen die Geschäfte Lamptons nicht das geringste einzuwenden sei.

Der neue englische Botschafter in Berlin.

Berlin, 28. Februar. Wie bereits gemeldet, hat die britische Regierung als Nachfolger für den von Posten des Unterstaatssekretärs im Foreign Office berufenen Berliner Botschafter Sir Ronald Lindsay ihren bisherigen Botschafter Sir Horace Rumbold in Aussicht genommen und das Abg. der Reichsregierung für ihn eingescholt und erhalten. Die dem Auswärtigen Amt nahe stehende deutsche diplomatische Korrespondenz schreibt hierzu:

Der künftige Berliner Botschafter ist 50 Jahre alt und entstammt einer alten englischen Diplomatenfamilie. Seine diplomatische Karriere begann 1890 im englischen Auswärtigen Amt und führte ihn nach Kairo, Athen, Teheran, Wien und Madrid, bis Rumbold 1908 Geschäftsträger in München wurde. Als Botschaftsrat und zeitweiliger Geschäftsträger fungierte er von 1909 bis 1913 in Tokio und wurde im November 1913 Botschaftsrat in Berlin. In dieser Eigenschaft vertrat er als Geschäftsträger in den entscheidenden Julimonaten des Jahres 1914 den Botschafter Sir Edward Goschen bis zu dessen Rückkehr vom Urlaub am 27. Juli 1914. 1916 wurde Rumbold Gesandter in Bern, 1919 in Warschau, 1920 Botschafter in Konstantinopel und 1926 in Madrid.

Seine außerordentlichen Sprachkenntnisse — er beherrscht u. a. die arabische, persische und japanische Sprache neben der deutschen und französischen — sind ihm bei seiner bisherigen allanzwischen Laufbahn besonders zugute gekommen. Die persönlichen Eigenschaften des künftigen Berliner Botschafters werden gleichfalls hoch geschätzt. Er gilt als kluger und weitblickender Diplomat, der daneben ein starkes gesellschaftliches Talent besitzt und in der Aufgabe der Repräsentation wirksam durch seine Gattin, die Tochter eines bedeutenden englischen Diplomaten, unterstützt wird. In Madrid, wo er ein großes Haus machte, hat Sir Rumbold u. a. mit dem deutschen Botschafter Grafen Welczeck freundschaftlich verkehrt. Auf deutscher Seite konstatiert man mit Befriedigung, daß die britische Diplomatie wiederum einen ihrer Besten für den Berliner Posten bestimmt hat.

Der Frensführer O'Brien gestorben. Nach einer Meldung aus London ist der bekannte irische Nationalist Wilhelm O'Brien, der in der Home-Rule-Bewegung seit 1880 eine hervorragende Rolle spielte, plötzlich gestorben.